

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 15. März 2021 / Lundi après-midi, 15 mars 2021

**2. Priorität – Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
2^e priorité – Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**64 2020.RRGR.372 Motion 278-2020 Ammann (Bern, AL)
Recht auf Gesundheit – Schutz vor COVID-19 in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünfte**

**64 2020.RRGR.372 Motion 278-2020 Ammann (Bern, LG)
Droit à la santé – protection contre la contamination par le COVID-19 dans les centres de
retour et les centres d'hébergement collectif**

Präsident. Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist Traktandum Nummer 64, eine Motion von Grossrätin Christa Ammann: «Recht auf Gesundheit – Schutz vor COVID-19 in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften». Die Regierung ist bereit, den Vorstoss anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben. Ich gebe das Wort der Motionärin, Grossrätin Christa Ammann.

Christa Ammann, Bern (AL). Covid und die Geflüchteten rücken näher. Jetzt sind sie schon im Kanton Bern und nicht mehr unsichtbar oder leicht verdrängbar in Griechenland. Mit dieser Motion, die wir hier diskutieren, wird gefordert, dass Schutzmassnahmen auch für besonders vulnerable Gruppen umgesetzt werden, dass vom Kanton sichergestellt wird, dass bei Isolationen und Quarantäne Einzelzimmer zur Verfügung stehen, dass sichergestellt wird, dass die Versorgung mit Lebensmitteln von Menschen in der Isolation und in der Quarantäne durch die Mitarbeiterinnen vor Ort täglich stattfindet und auch sichergestellt wird und auch, dass Zugang zu Informationen bezüglich und den geltenden Schutzmassnahmen da sind und dass es den entsprechenden Internetzugang auch noch gibt und Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen. Es ist herausfordernd, Covid-Schutzmassnahmen umzusetzen, wenn viele Personen zusammenleben. Es ist uns, glaube ich, allen bewusst. Dies ist auch in der Impfstrategie des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) bewusst, dass Menschen in Gross-Wohngemeinschaften in der vorderen Gruppe sind gegenüber der Normalbevölkerung, einfach dadurch, dass man enger aufeinander ist, dass man weniger Möglichkeiten hat, sich selber zu schützen, weil schlichtweg der Raum enger ist. Es ist auch herausfordernd, wenn die Aufgaben bei der Betreuung von Geflüchteten Personen im Kanton Bern so berechnet sind bzw. die Umsetzung der Ausgaben, dass das Geld schon knapp ist, wenn man nicht noch eine Covid-Krise haben.

Vor diesem Hintergrund bestreite ich auch die Abschreibung der Motion, weil für mich am heutigen Punkt, die Antworten nicht zufriedenstellend sind, weil es sich um eine Momentaufnahme handelt, nicht Ausdruck sind eines stabilen Umsetzens der Massnahmen in allen Zentren, gerade auch im Bereich der Infrastruktur. Dies kann man erfahren, wenn man mit Betroffenen das Gespräch sucht. Es gibt nicht viel zu tun, um einmal mit jemandem zu sprechen. Es ist auch nicht Ausdruck davon, dass eine zuverlässige Klärung der Verantwortung zwischen Anbieterinnen/Anbietern und Kanton bei der Umsetzung stattgefunden hat, weder in den Rückkehrzentren noch in den Kollektivunterkünften. Vielleicht haben Sie Zeitungsartikel Ende Januar zu Aarwangen gelesen und dort die Schwierigkeiten gesehen. Vielleicht haben Sie auch mit jemandem gesprochen, sei es mit Freiwilligen, die unterstützen, sei es aber auch mit Personen, die in einem Zentrum leben. Dies deutet einfach nicht auf eine zuverlässige, kontinuierliche Krisenbewältigung und ein proaktives Umsetzen der Schutzmassnahmen hin, sondern auf ein «Oh, hoppla, wir haben einen Covid-Fall, jetzt reagieren wir einmal.».

Es stört mich auch, dass in der Antwort die dokumentierten Fälle, die ich soeben angesprochen habe, mit keinem Wort erwähnt werden, sondern dass einfach davon ausgegangen wird, dass alles gut wird. Ich muss hier auch betonen, dass es für die mir bekannten Fälle, Rückkehrzentren betrifft und nicht Durchgangszentren. Aber trotzdem, es betrifft ja beide Bereiche und die Sicherstellung muss bis zum Ende der Krise gewährleistet werden. Auch Punkt 4 kann noch nicht abgeschrieben werden. Zwar ist es mittlerweile so, dass – auch nach meinem Kenntnisstand – in irgendeiner Form in allen Zentren Internet vorhanden ist. Aber das Informationsmaterial, welches zum Teil erwähnt

wird, kennen die Menschen nicht, wenn man sie fragt. Sie wissen nicht, von welchen Videos gesprochen wird. Sie haben die Kenntnisse also nicht. Dort scheint irgendwo der Wurm drin zu sein und dementsprechend ist eine Abschreibung zu früh. Wir können dies machen, wenn die Covid-Krise überwunden ist. Wir können es machen, wenn sichergestellt ist, dass der Kanton auch die nötigen, zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellt, dass Massnahmen überhaupt eingehalten und umgesetzt werden können und wenn auch sichergestellt ist, dass die Einhaltung regelmässig kontrolliert wird. Der aktuelle Status quo kann nicht das höchste der Gefühle sein. Wir haben hier mehr Verantwortung. Nehmen wir diese wahr, geben wir einen Auftrag und schreiben hier noch nicht ab.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Der Anfang macht Grossrätin Melanie Beutler für die EVP.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Die Themen Corona, die Massnahmen zur Bekämpfung, Testung, Impfung, Contact Tracing usw. sind allgegenwärtig. Wir Parlamentarierinnen haben ja das Glück, gut informiert zu sein, oft gut gebildet und dazu auch selbständig in der Lebensgestaltung zu sein. Dies alles hilft natürlich bei der Prävention und bei der Bekämpfung des Corona-Virus. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter – dies ist eine kleine Klammerbemerkung – und sage, dass wir auch mit den kostenlosen Massentests, mit diesen Heim-PCR-Speicheltests, die ich übrigens mache, gemacht habe und machen werde. Wir geniessen mit diesen auch ein Privileg, das selbstverständlich und sinnvoll ist, aber auch einseitig verteilt ist. Einseitig verteilt, wie übrigens die weltweiten Impfdosen, aber dies natürlich nur als Klammerbemerkung.

Jetzt zurück zum Vorstoss: Wir verstehen die Sorge der Motionärinnen und die Gesundheit der Bewohnerinnen in den Kollektivunterkünften und Rückkehrzentren. Allerdings lesen wir auch die Antwort des Regierungsrates, der schwarz auf weiss darlegt, weshalb die Motionsforderungen berechtigt sind, gleichzeitig aber auch als erfüllt zu betrachten sind. Laut dem Regierungsrat sind ja genau diese vier Fragen – eben, nach Isolationsmöglichkeit, Quarantäne, Nahrungssicherheit oder Informationen – mit ganz vielen anderen Herausforderungen, die die Pandemie in die Rückkehrzentren getragen hat, bereits per Pandemieplan auf Papier wie vor Ort geklärt und umgesetzt. Dafür danken wir dem Kantonsarztamt (KAZA) wie auch den Betreibenden der Unterkünfte im Namen der Bewohnenden natürlich herzlich. Allerdings orten wir hier auch ein bisschen das Problem. Papier und Pandemiepläne sind bekanntlich geduldig und laut unseren Auskünften – einige von unserer Fraktion haben persönlich nachgefragt – laut unseren Auskünften per Mail oder auch bei persönlichen Kontakten kam heraus, dass die Bewohnenden am Anfang weit weniger informiert waren als uns lieb war. Am Anfang der Pandemie gab es auch zu wenig Infrastruktur, also zu wenig Toiletten, die Wege waren nicht klar, Unterbringungsmöglichkeiten nicht ideal, vielleicht auch zu viele Leute – das weiss ich nicht genau. Auf jeden Fall gehen wir davon aus, dass das KAZA, zumindest am Anfang, und damit auch der Kanton als Auftraggeber seinen Controllingaufgaben in diesem Bereich nicht immer so nachkam, dass die ganze EVP die Abschreibung guten Gewissens unterstützen könnte. In diesem Sinn also und im Wissen darum, dass diese Pandemie leider noch nicht ausgestanden ist, nimmt die EVP den Vorstoss einstimmig an, inklusive Abschreibung, dies aber nicht ganz einstimmig.

Barbara Mühlheim (glp). Eigentlich hatte ich das Gefühl, dass ich nichts sagen muss. Wir wären bereit gewesen, so wie die Motionärin, de facto nicht abzuschreiben. In Anbetracht dessen, was hier diskutiert wurde, und welche Stimmung hier gemacht wird, möchte ich doch noch sagen, wie ich eine andere Realität sehe: Ich bin selber im Vorstand des Roten Kreuzes des Kantons Bern. Ich bin in einer Arbeitsgruppe, die eigentlich fast wöchentlich zusammen Sitzung hat und die schwierigen Situationen mit Corona nicht zuletzt in zwei Regionen von den fünf Regionen, in denen das Rote Kreuz Partner ist, meistern zu können mit Corona. Kolleginnen und Kollegen, sind Sie sich eigentlich bewusst, was da läuft, dass man da in den Zentren innerhalb von kürzester Zeit eine neue Disposition machen musste, dass man mit dem Wechsel zu den fünf regionalen Partnern schauen musste, dass von Bundesseite her, vom Bundeszentrum her, die Leute blockiert werden, weil man die Zentren nur halb füllen konnte? Sind Sie sich bewusst, was es heisst, dass wir monatelang Menschen hatten, die eigentlich in Durchgangszentren gehören, aber auch noch die Menschen hatten aus den Rückführungszentren, welche nicht vermittelt werden konnten, weil die Rückführungszentren voll waren? Sind Sie sich bewusst, was es heisst, wenn Menschen, die keinen Bock mehr haben, weil sie keine Chance haben, in der Schweiz zu bleiben, nachher die Corona-Problematik haben und halt verschiedenste Varianten von Widerstand zeigen? Sind sie sich bewusst, dass wir

innerhalb eines Monats für 20'000 Franken ein Hotel angemietet haben, um überhaupt die Corona-Situation in den grossen Zentren, die der Kanton finanziert hat, managen zu können? Sind Sie sich bewusst, dass de facto tagtäglich Menschen in den Rückführungszentren und auch in normalen Zentren versuchen, das Beste zu machen und es wahnsinnig einfach ist, über ein Handytelefon einseitig informiert zu werden? Sind Sie sich bewusst, dass man auch in den Rückführungszentren versucht, das Beste zu machen, aber schwierige Situationen hat? Diese Themen, von denen man via Telefonate etwas hört und der tagtäglichen Konfrontation, das sind, wie so oft im Leben, zwei Paar Schuhe.

Aus diesen Gründen werden wir de facto nicht abschreiben. Weil wir sagen: Das ist eine andauernde, permanente Herausforderung mit Corona bei so vielen Menschen auf so kleinem Raum das Beste aus der Situation zu machen. Aber nicht in dieser Art und Weise, wie es die Motionärin wollte, wo man eigentlich schon aufgrund von ein, zwei Telefonaten unterstellt, man plage hier die Menschen, und man nicht bereit ist auch in den Rückführungszentren das Optimalste aus der jetzigen Situation herauszuholen. Deshalb war es mir wichtig zu sagen, dass die Realität immer zwei Gesichter hat, je nach dem, wen man fragt.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Der Regierungsrat hat sich Mühe gegeben, dass sich das Corona-Virus in den Rückkehrzentren und Kollektivzentren nicht verbreitet. Besonders schätzen wir, dass die Belegungszahl in diesen Zentren reduziert wurde. Es hat sicher auch geholfen, dass wir wenig Asylsuchende in der Schweiz und im Kanton Bern haben. Es gab aber Zeiten, in denen die betreuenden Organisationen die Massnahmen nicht seriös genommen haben. Es mangelte an Raum für Isolation bzw. Quarantäne, besonders auch betreffend Kochmöglichkeiten und Nassräume. Das Virus hatte ein leichtes Spiel, die Ansteckungen nahmen zu. Ich weiss nicht, ob der Regierungsrat darüber informiert ist, wie viele Masken die Arbeitgeber an die Mitarbeitenden der Betreuerorganisationen pro Woche abgeben.

Die Grüne Fraktion findet es gut, dass der Regierungsrat die Motion zur Annahme empfiehlt, bedauert aber, die Empfehlung abzuschreiben. Corona wird uns leider mindesten noch eine Weile begleiten. Deshalb darf es nicht sein, dass die Massnahmen gerade in diesem sensiblen Bereich der Asylbetreuung gelockert werden. Umgekehrt, wir müssen dranbleiben, zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner der Zentren, des Personals, aber auch der gesamten Bevölkerung. Die Motion soll deshalb nicht abgeschrieben werden. Die grüne Fraktion dankt Ihnen für die Unterstützung und ist gegen die Abschreibung.

Francesco Marco Rappa (Die Mitte). Als ich mich in den Vorstoss eingelesen habe, bin ich im ersten Moment leicht erschrocken. Erschrocken bin ich über die Art und Weise der Formulierung des Auftrags. Weshalb? Faktisch unterstellt die Motionärin dem Regierungsrat im Allgemeinen respektive der GSI im Besonderen mangelnde Massnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 zugunsten der in den Rückkehrzentren und den Kollektivunterkünften untergebrachten Menschen. Oder man formuliert es ähnlich wie es die beiden Kolleginnen machten, Personen, die in Rückkehrzentren und Kollektivzentren untergebracht sind, werden im Stich gelassen. Sie werden ihrem Schicksal überlassen, ohne Möglichkeit, sich in der Pandemie zu schützen. Also völlig vernachlässigt von den Behörden. Sind unser Regierungsrat, unsere Verwaltung, die Auftragnehmer, die Beteiligten unserer Kantons wirklich solche Unmenschen? Mir wäre dies absolut nicht bekannt. Ich bin froh, dass der Regierungsrat mit seiner Antwort die indirekten Unterstellungen erschöpfend relativieren konnte. Die Antwort des Regierungsrates ist klar, schlüssig und unmissverständlich. Die Bedenken, die im Raum stehen sind für uns vom Tisch. Es werden keine Grundrechte verletzt, auch nicht in dieser schwierigen Zeit.

Die Mitte-Fraktion nimmt die Motion einstimmig an, schreibt sie aber gleichzeitig auch wieder ab.

Mathias Müller, Orvin (SVP). Ich kann es kurz machen. Die Auflagen betreffend die Covid-Massnahmen des Bundes sind eindeutig und werden auch vom Kanton Bern in den Rückkehrzentren und den Kollektivunterkünften eingehalten. In diesem Sinn hätten wir die Abschreibung angenommen mit gleichzeitiger Abschreibung. Aber wenn die Abschreibung bestritten wird, lehnen wir den Vorstoss ab. Ich möchte hier noch etwas zu den Einzelzimmern sagen. Ich bin nicht einmal ganz sicher, ob es so geschickt ist, wenn man Menschen, die eine traumatische Vergangenheit haben, in Einzelzimmern in Isolation tut. Dies ist eine ganz heikle Sache, und ich bin nicht ganz sicher, ob dies wirklich geschickt ist, auch die Forderung.

Präsident. Die Sprecherin der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist Grossrätin Sarah Gabi.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion begrüsst, dass der Regierungsrat das Vorliegen annehmen und ernst nehmen will. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Abschreibung aber, sehen wir anders. Das Geschäft ist noch nicht abschreibungsreif. Deshalb wir die Abschreibung bestritten. Die Motionärin hat bereits ausführlich Stellung genommen dazu zu den Gründen. Die Leistungserbringer dürfen nicht auf Kosten des Schutzes der Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner sparen, beispielsweise beim Schutzmaterial oder bei der Umsetzung der Hygienemassnahmen. Der Schutz der Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner muss jederzeit gewährleistet werden können, auch und gerade während der Corona-Krise. Eine Strategie einer minimalistischen Betreuung, darf nie sein und nie eintreffen. Die Qualitäts- und Leistungskriterien des Kantons Bern müssen von den Leistungserbringenden stets eingehalten werden und umgesetzt werden. Es ist aktuell eine Herausforderung und bleibt weiterhin eine Herausforderung. Dies sind wir uns durchaus bewusst, Frau Mühlheim, aber der Kanton muss trotzdem jederzeit gewährleisten können, dass die Erfordernisse auch wirklich erfüllt werden. Deshalb wird die SP-JUSO-PSA-Fraktion die Motion annehmen, wie dies der Regierungsrat empfiehlt, aber ohne Abschreibung, weil die Herausforderung Corona-situationsbedingt weiter anhält.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP). Die FDP-Fraktion ist für die Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Man könnte jetzt wirklich meinen, dass die Rückkehrzentren und Kollektivkonzepte über keine Schutzkonzepte verfügen. Dem ist definitiv nicht so. Selbstverständlich besteht auch ein Pandemieplan und das KAZA steht effektiv im ständigen Austausch, auch bei Bedarf werden situativ Anpassungen in den Kompetenzen vorgenommen. Sie müssen sich auch vorstellen, die Motionärinnen und Motionäre, denken Sie an eine Familie, die nicht einen riesigen Wohnraum zur Verfügung hat und eine Familienangehörige in Quarantäne muss. Manchmal braucht es auch dort zwischendurch pragmatische Lösungen. Es hat nicht jeder ein passendes Zimmer und eine eigene Toilette. Bleiben wir einfach auch ein bisschen in der Realität. Die Schutzkonzepte hat man. Die wurde manchmal medial aufgespielt – für die FDP-Fraktion ist es wirklich ein Hinaufspielen dieser Problematik. Etwas muss man auch noch sagen: Die Menschen, die in diesen Rückkehrzentren und den Kollektivunterkünften leben – dies verstehe ich zum Teil auch – sind sehr, sehr mobil und nicht nur in der Region, auch in der ganzen Schweiz und auch in der Pandemie ist dies manchmal auch nicht nur gerade sehr wirksam, dass man die Pandemie unter Kontrolle haben kann. So wie wir auch nicht alles optimal machen und vielleicht noch irgendwo hingehen, um einen Besuch zu machen, den man nicht sollte. Wir sind da nicht anders. Also, spielen wir das Ganze nicht auf. Es wird da gemacht, was man machen kann, und noch einmal: Auch im Privatbereich ist nicht immer alles optimal, wenn die Menschen in Isolation oder in Quarantäne müssen.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Ich möchte noch kurz anknüpfen an das Votum der Kollegin, Barbara Mühlheim, welche von ihren Erfahrungen beim roten Kreuz erzählt hat, welches ja eines der regionalen Partner des Kantons ist. Ich durfte im November das Präsidium des Vorstands von «Asyl Berner Oberland» übernehmen. Dies ist ein anderer regionaler Partner, zuständig für die Regionen Thun und Oberland, wie man dies dem Namen unschwer entnehmen kann. Ich durfte verschiedene Asylunterkünfte besuchen und konnte mir dort auch selber ein Bild vor Ort machen und habe einen sehr, sehr guten Eindruck bekommen. Dies ist unter anderem auch wegen Reduktion der Belegung, die neue Möglichkeiten geschaffen haben, dass die Schutzkonzepte eingehalten werden konnten. Für mich gibt es wenig Hinweise, dass dies aktuell noch ein Problem wäre. Die EDU-Fraktion hat auch das Vertrauen in den Regierungsrat, dass falls es in diesem Bereich vereinzelt noch Probleme geben sollte, dass der Regierungsrat bereit ist, dort hinzuschauen, zu handeln und mit den Betreibern zu schauen, dass die entsprechenden Schutzkonzepte eingehalten werden. Die EDU-Fraktion wird deshalb dem Vorstoss zustimmen, aber auch der Abschreibung.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration. Permettez-moi tout d'abord de remercier ici chaleureusement tous nos partenaires, que ce soit dans le domaine de l'asile dans la longue durée, dans les soins, les hôpitaux, etc., qui ont fait un travail remarquable pour endiguer cette épidémie et mettre en œuvre les meilleures mesures possibles pour éviter des situations qui peuvent très vite se développer d'une manière assez grave.

Pour ce qui est de l'asile, comme vous avez pu le lire dans notre réponse, nous avons très vite mis en place des mesures de protection, nous avons diminué le taux d'occupation qui a été réduit à 50,

voire 60 pour cent des capacités disponibles, nous avons rendu le masque obligatoire, nous avons augmenté également les tests, voire les mises en quarantaine, nous avons, dans la mesure du possible, mis à disposition des chambres individuelles et là où ces chambres manquaient, nous avons également donné la possibilité de recourir à des places externes supplémentaires comme cela a déjà été mentionné. Nous avons également garanti l'approvisionnement en denrées pour les personnes qui étaient en quarantaine ou en isolement. Du matériel d'information dans plusieurs langues a été mis à disposition. Le personnel des lieux d'hébergement collectif se tient en permanence à disposition des personnes hébergées en cas de question, ces dernières sont bien informées dans les différents centres sur la pandémie, l'accès à Internet est garanti dans tous les lieux d'hébergement collectif et dans les centres de retour, notamment dans les espaces de séjour. Ce sont les raisons pour lesquelles le gouvernement vous invite à accepter cette motion et à la classer.

Präsident. Die Motionärin hat sich noch einmal eingeschrieben. Ich gebe das Wort an Grossrätin Christa Ammann.

Christa Ammann, Bern (AL). Ja, ich bedanke mich für die Debatte und um es vorabzuschicken: Für mich ist es klar und selbstredend, dass es eine riesige Herausforderung war und die Organisationen einen unglaublichen Mehraufwand hatten, auch noch in der Zeit, in der im Kanton Bern die Umstellung des Systems stattfand. Ich entschuldige mich dafür, dass ich dies nicht explizit erwähnt habe. Vielleicht liegt es auch einfach daran, dass ich in ganz vielen solchen Gruppen sitze und dies meine neue Normalität ist und deshalb das Nicht-darüber-Sprechen nicht heisst, dass ich nicht sage, dass es nicht stattfindet. Ich habe schlichtweg einfach nichts zu diesem Punkt gesagt.

Ich habe mit einem gewissen Amüsieren zur Kenntnis genommen habe, dass Grossrätin Mühlheim offenbar mein Telefon abhört und weiss, dass ich in dieser Sache genau zwei bis drei Telefonate gemacht habe. Das finde ich doch auch noch interessant. Ich hoffe, dass sie alle anderen Telefonate, die ich geführt habe, nicht allzu stark langweilten. Es waren durchaus ein paar mehr. Vielleicht spielt sie darauf an, weil sie weiss, dass ich mit dem SRK keinen Kontakt mehr hatte. Da kann ich mich ja darauf verlassen, dass wir von ihr informiert werden. Dementsprechend muss ich dort nicht nachfragen.

Und dann vielleicht noch zur Interpretation, die gemacht wurde, dass ich generell unterstelle, dass nichts gemacht werde: Diese Interpretation hat im Kopf des Lesers stattgefunden. Ich habe es allgemein formuliert, weil ich von mehreren Zentren wusste, wo es nicht gut ist, aber mich nicht darauf verlassen konnte, dass ich alles weiss. Dementsprechend hatte ich das Gefühl, dass es Sinn macht, dies überall zu prüfen. Dementsprechend bin ich weiterhin der Meinung, dass es Sinn macht, dass man die Motion aufrechterhält, weil die Herausforderungen noch nicht abgeschlossen sind und dort, wo es läuft und weiterhin läuft, muss man ja auch nicht irgendwie noch zusätzlichen Aufwand generieren.

Der Exkurs zum Trauma ist völlig absurd, ich nehme ihn aber so zur Kenntnis unter der Anekdote «ferner liefern», ebenfalls den Exkurs zum Thema Schutzkonzept. Ich sagte nie, es gebe keine Schutzkonzepte, sondern es ging darum, wo es nicht funktioniert, wo es Verbesserungen braucht, wo man sicherstellen muss, dass es so weitergeht und dass man auch bereit ist, wenn es neue und weitere Massnahmen braucht.

Zu erzählen, dass diese Menschen bei diesem Budget wahnsinnig mobil seien, ich weiss nicht, woher dieses Halbwissen kommt. Ich finde es müssig, wenn solche Gerüchte verteilt werden. Wir können uns hier auch einfach inhaltlich mit dem Vorhandenen auseinandersetzen und uns hier nicht einig sein und nicht noch irgendwelche merkwürdigen Halbwahrheiten erzählen.

Es muss das gemacht werden, was gemacht werden muss und nicht nur das, was gemacht werden kann. Und da müssen wir schauen und deshalb müssen wir diese Motion aufrechterhalten. Ich bedanke mich bei allen, die auch helfen, diese Motion noch nicht abzuschreiben.

Präsident. Dann kommen wir zur Beschlussfassung von Traktandum 64, Motion von Grossrätin Christa Ammann (*M 278-2020*): «Recht auf Gesundheit – Schutz vor COVID-19 in Rückkehrzentren und Kollektivunterkünften». Es hat niemand punktweise Abstimmung gefordert. Dann befinden wir über die Motion. Wer diese annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.372)

Vote (2020.RRGR.372)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 110

Nein / Non 44

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie nehmen diese Motion an, mit 110 Stimmen zu 44 Nein. Jetzt schauen wir noch die Frage der Abschreibung an. Wer der Abschreibung zustimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.372; Abschreibung)

Vote (2020.RRGR.372 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 98

Nein / Non 56

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Wir schreiben die Motion ab, mit 98 Ja zu 56 Nein.